Abend-Ausgabe

Preis 20 Pfg.

Deutsche Allgemeine Zeitung

60. Jahrg.

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage, Sonntags die illustrierte Bilderchronik, Mittwochs abwechselnd eine bunte Modenbeilage und eine Kunstbeilage, außerdem täglich wechselnd die Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Frau und Welt", „Lehren und Lernen", „Reisen und Wandern". Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernspr. Nollendorf 4783-88.

Mittwoch, 13. April 1921

Bezugspreis monatlich Mk. 12,—. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, auswärts bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Oesterreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn Bezug durch die Post, im übrigen Ausland nur unter Streifband vom Verlag. Preis für die 33 mm breite mm-Anzeigenzeile Mk. 1,50, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 4,50. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher Nollendorf 5980-88.

Nr. 171
B 11

Tages-Spiegel.

Der amerikanische Abgeordnete Britten legt erneut beim Kongreß Protest gegen die Schwarze Schmach im Rheinland ein.

*

Harding lehnt in seiner Botschaft den bestehenden sogenannten Völkerbund als unzureichend ab und erklärt, Amerika sei zu dem Friedensschlusse mit Deutschland unter gewissen Bedingungen bereit.

*

Die englischen Bergarbeiter lehnten heute vormittag die Regierungsvorschläge ab; der Streik dauert infolgedessen an.

Scheitern der Kabinettsbildung?

Durch die Presse wurde heute früh eine Meldung der „P. P. N." verbreitet, derzufolge die Bildung eines preußischen Kabinetts durch Ministerpräsident Stegerwald bereits eine positive Grundlage gefunden habe. Die Meldung besagte, daß die Sozialdemokratie das Ministerium des Innern durch Herrn Severing und das Kultusministerium durch Herrn Haenisch weiter besetzen werde und daß ferner der bisherige Ministerpräsident Braun als Minister ohne Portefeuille im Kabinett verbleiben werde. Das Wohlfahrtsministerium würde Herr Stegerwald neben dem Vorsitz im Kabinett, das Justizministerium am Zehnhoff, das Handelsministerium Herr Fischbeck behalten. Das Landwirtschafts- und Finanzministerium sollten durch Fachleute besetzt werden, an deren „republikanischer Treue kein Zweifel" sei. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, trägt diese Nachricht der „P. P. N." keinen offiziellen Charakter. Ministerpräsident Stegerwald hat solche Erklärungen nicht abgeben können, da die Verhandlungen auch bis heute noch nicht beendet sind und auch heute noch fortgeführt werden.

Wie wir weiter hören, ist jene Meldung der „P. P. N." von sozialdemokratischer Seite lanciert worden und gibt lediglich die Forderungen wieder, die die Sozialdemokratie als Mindestforderungen für ihren Eintritt in das Kabinett stellt. Ueber diese Forderungen ist allerdings verhandelt worden, aber ohne daß über sie bisher eine Entscheidung getroffen worden ist. Die Sozialdemokratie will unter allen Umständen die bisherigen Kabinettsmitglieder Braun, Severing und Haenisch im neuen Kabinett belassen. Sie verlangt ferner für die Besetzung des Finanzministeriums und des Landwirtschaftsministeriums Persönlichkeiten, die lediglich als Fachleute ausgewählt werden sollen, die aber in keiner offiziellen Beziehung zur Deutschen Volkspartei stehen dürfen. Mit anderen Worten: die Sozialdemokratie lehnt auch heute noch jedes Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei bei der Kabinettsbildung ab. Die Deutsche Volkspartei andrerseits ist erklärlicherweise nicht gewillt, unter diesen Umständen, d. h., wenn die sozialdemokratischen Forderungen für die Kabinettsbildung maßgebend sein sollten, sich überhaupt an der Kabinettsbildung zu beteiligen. Sie verlangt, falls sie in das Kabinett eintritt oder dem Kabinett eine wohlwollende Neutralität zusichert, Gleichstellung im Kabinett mit den übrigen Parteien. Andernfalls glaubt sie nicht in der Lage zu sein, das Kabinett stützen zu können, sondern will dann in die Opposition treten.

Es ist nicht anzunehmen, daß Ministerpräsident Stegerwald sich den sozialdemokratischen Forderungen fügen wird, da das Ergebnis dann im Grunde ein Beharren auf dem bisherigen Zustande und eine Sicherung der sozialdemokratischen Vorherrschaft in Preußen bedeuten würde. Im Laufe des heutigen Tages hat Ministerpräsident Stegerwald offizielle Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei angeknüpft, und es soll durch eine direkte Aussprache zwischen Deutscher Volkspartei und Sozialdemokratie noch als letzter Versuch unternommen werden, die Gegensätze zu überbrücken. Gelingt das nicht, so dürften die Bemühungen Herrn Stegerwalds, das Kabinett zu bilden, als gescheitert anzusehen sein. Denn es dürfte dann auch aussichtslos sein, noch an die Bildung eines Geschäftsministeriums zu denken, das voraussichtlich doch auf den Widerspruch größerer Parteien, insbesondere der Sozialdemokratie, stoßen würde.

So befinden sich denn die Verhandlungen über die Kabinettsbildung augenblicklich auf einem außerordentlich kritischen Punkte. Es sind wenig Aussichten vorhanden, daß aus den weiteren Verhandlungen noch ein Ergebnis erzielt werden kann. Allerdings wird, wie wir schon erwähnten, heute noch weiter beraten, um auch die letzten Möglichkeiten, doch noch die Bildung eines Kabinetts zu erreichen, nicht unversucht zu lassen.

Russisch-polnische Handelsbeziehungen.

Warschau, 12. April. (Utd. Tel.) Der von der Rigaer Friedenskonferenz zurückgekehrte Vizeminister für Handel, Dr. Straßburger, sprach sich Pressevertretern gegenüber zur Frage der Handelsbeziehungen mit Rußland folgendermaßen aus:

„Bis zum Abschluß einer Handelskonvention wird der Handel in einem Warenaustausch an der Grenze bestehen. Hierzu werden an der russischen Grenze sofort Magazine errichtet werden, und Ware wird gegen Ware ausgetauscht. Die Sowjetvertreter haben den Wunsch ausgesprochen, daß Polen landwirtschaftliche Maschinen und Manufakturwaren liefert. Dagegen versprach sie schon in den nächsten Wochen die Lieferung von Leder, Leinen, Hanf und Getreide, auch etwas Zucker, Mangan und Eisen. — Ferner will Polen als Bezahlung auch polnische Mark entgegennehmen, dagegen kein russisches Papiergeld. Wir lassen Rußland das Recht des Transits für alle Waren, außer deutschen und österreichischen. Es ist selbstverständlich, daß wir uns gegen die Länder verteidigen, die unseren Handel zu beschränken suchen."

Fortdauer des Bergarbeiterstreiks.

Eigene Drahtmeldung.

I. N. S. London, 13. April.

Wie heute morgen bekannt wurde, teilten die Bergarbeiter dem Premierminister schriftlich mit, daß sie davon Abstand nehmen, auf das Angebot der Regierung einzugehen. Die Bergarbeiter haben dem Dreiverband mitgeteilt, daß die Verhandlungen nicht mit einer Hoffnung auf Erfolg wieder aufgenommen werden können und fügen hinzu, der Punkt sei erreicht, an dem der Verband mit Handeln beginnen müsse. Man erwartet die Endentscheidung erst heute abend.

Ueber die letzten Stunden der gestrigen Verhandlungen zwischen den Grubenbesitzern und den Bergarbeitern wird noch bekannt:

Das Hauptquartier des Arbeiterdreibundes in United-House teilte den Arbeiterführern in den Distrikten telephonisch die Vertagung des Streiks mit. Das Parlamentsmitglied Thomas weigerte sich, den Pressevertretern Auskunft über die Streikfrage zu geben. Grubenbesitzer und Bergarbeiter waren währenddessen noch unter dem Vorsitz Lloyd Georges im Handelsministerium zu einer Sitzung vereinigt.

Der Arbeiterdreibund wird heute abend wieder zusammentreten, um den Bericht der Grubenarbeiter über den Verlauf der Verhandlungen entgegenzunehmen. Die Labour-Party wurde in aller Eile zu einer Versammlung berufen, auf der die Parteiführer die Stellung der ganzen Arbeiterklasse zur Krisis erörtern wollen.

Finanzielle Verluste durch den Streik.

■ Basel, 13. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Lohnausfall der vergangenen Woche beträgt fünf Millionen Pfund Sterling, die nichtgeförderten Kohlen machen einen Verlust von sieben Millionen Pfund Sterling aus. Der Verlust der Eisenbahn infolge der Einstellung des Kohlentransports beträgt eine Million Pfund Sterling; der Verlust der in Mitleidenschaft gezogenen Industrien gleichfalls über eine Million Pfund Sterling. Die Mobilisation der Heeresreserven und andere Maßnahmen der Regierung erfordern pro Woche eine Ausgabe von 1 700 000 Pfund Sterling.

Mehr englische Marinetruppen.

London, 12. April. (W. T. B.) Im Unterhaus wurden Nachtragsforderungen auf Erhöhung des Flottenmannschaftsbestandes um weitere 25 000 Mann eingebracht.

Die Besprechungen in Bern.

■ Basel, 13. April. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Erkundigungen der schweizerischen Depeschenagentur bei den zuständigen schweizerischen Stellen im Bundeshaus beruht die Nachricht der französischen Presse, daß der deutsche Außenminister Dr. Simons bei seinem Besuche in Bern den Bundesrat um Vermittlung bei den Alliierten in der Reparationsfrage ersucht habe, auf reiner Erfindung. Dr. Simons habe lediglich den Bundesrat über die deutsche Auffassung in der Reparationsfrage unterrichtet und dabei die bereits bekannte Mitteilung gemacht, daß Deutschland demnächst Gelegenheit zu erhalten hoffe, seinen guten Willen in der Frage der Wiederherstellungen zu beweisen.

Die heutige Kabinettssitzung.

Heute nachmittag 5 Uhr findet eine Sitzung des Reichskabinetts statt. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß in dieser Sitzung der Minister des Aeußern, Dr. Simons, den dem Matin-Vertreter gegenüber angedeuteten Grundgedanken der Regelung der Wiederherstellungsfrage zur Debatte stellen wird. Es herrscht zwischen Minister Dr. Simons und seinen Ministerkollegen Uebereinstimmung darüber, daß Deutschland den Alliierten sobald als möglich unwiderlegbar seinen guten Willen beweisen muß, vor dem 1. Mai eine Einigung über die Wiederherstellungsfrage herbeizuführen. Es erscheint uns daher nicht begründet, wie das verschiedentlich geschehen ist, gegenwärtig von einer Kabinettskrise zu sprechen. —a.

Die Danziger Verfassung.

Eigene Drahtmeldung.

F. Danzig, 13. April.

Das Danziger Parlament nahm heute zu der Note des Völkerbundrates, betreffend Aenderung der Danziger Verfassung, Stellung. Der Wunsch des Völkerbundrates, jederzeit Aenderungen an der Danziger Verfassung vorzunehmen, wurde für unberechtigt erklärt, da die Danziger Verfassung bereits in Kraft gesetzt und unter Garantie des Völkerbundes gestellt sei. Diese Entschließung wurde mit den Stimmen der bürgerlichen Mehrheit angenommen, während die Parteien der Linken in ihren Erklärungen wünschten, dem Ersuchen des Völkerbundrates nach jeder Richtung hin zu entsprechen, eventuell sogar das jetzige Parlament aufzulösen und durch Vornahme von Neuwahlen eine andere Zusammensetzung des Danziger Volkstages herbeizuführen.

Die steierische Volksabstimmung.

Salzburg, 12. April. (W. T. B.) Die Bundesregierung teilte der Landesregierung bezüglich des Beschlusses des Salzburger Landtages, am 24. April die Volksabstimmung in Salzburg über den Anschluß an Deutschland durchzuführen, mit, daß sie die Durchführung dieser Abstimmung verfassungsrechtlich für unzulässig erachte. Die Landesregierung erstattete daraufhin einen ausführlichen Bericht an den Landtag, in dem sie empfiehlt, die Entscheidung der Bundesregierung abzuwarten und daher von der Volksbefragung am 24. April abzusehen, diese aber im Falle der negativen Entscheidung der Bundesgewalt für einen späteren Zeitpunkt, etwa den 29. Mai, anzuberaumen.

Die Botschaft Hardings.

Meldung des W. T. B.

Washington, 12. April.

Die Stellen in der Botschaft des Präsidenten Harding, die sich mit Fragen der äußeren Politik befassen, lauten wie folgt:

An dem augenblicklichen Bund einer Weltregierung mit seinen Uebervollmachten wird unsere Republik keinen Teil haben. Es kann hier keine Mißdeutung geben, einen Verrat an dem wohlerwogenen Willensausdruck des amerikanischen Volkes bei den letzten Wahlen wird es nicht geben, und es ist nur fair, der Welt im allgemeinen und unseren Assoziierten im Kriege im besonderen zu erklären, daß der

Völkerbundsvertrag unsere Genehmigung nicht erhalten

kann. Ganz offenkundig wurde das höchste Ziel des Völkerbundes dadurch hinfällig gemacht, daß der Bund mit dem Friedensvertrage verkettet und dadurch zu einem Zwangsmittel der Sieger im Kriege wurde. Die fundamentalen Ziele, die jede solche Vereinigung zu erreichen sucht, können nicht gedeihen, solange diese Vereinigung das Organ irgendeines besonderen Vertrages ist oder zur Erreichung der besonderen Ziele irgendeiner Nation oder Gruppe von Nationen bestimmt ist. Das bei den Wahlen gegebene Versprechen, nach einem Verbande der Nationen zu streben, wird treu gehalten werden.

Mit Bezug auf die Frage eines Sonderfriedens mit Deutschland sagte Harding in der Botschaft u. a.:

Die Vereinigten Staaten stehen als einzige unter den alliierten und assoziierten Mächten noch technisch im Kriegszustand mit den Mittelmächten. Diese anormale Lage darf nicht weiter fortdauern, und um technisch den Friedenszustand ohne Verzug herzustellen, würde ich eine diesbezügliche erklärende Entschließung des Kongresses mit den Einschränkungen, die wesentlich sind, um alle unsere Rechte zu schützen, gutheißen. Eine solche Aktion könnte in keiner Weise als eine Desertion von denjenigen ausgelegt werden, mit denen wir im Kriege gemeinsam unsere Opfer gebracht haben. Denn diese Mächte befinden sich bereits im Friedenszustand. Eine solche Entschließung soll nichts weiter als den Friedenszustand erklären, den ganz Amerika fordert. Es würde

unklug sein, eine Darlegung über die zukünftige Politik

mit Bezug auf europäische Angelegenheiten in einer solchen Erklärung des Friedenszustandes zu machen. Wir würden sonst bei der Verbesserung der Fehler der vollziehenden Gewalt, die bei dem Abschluß des wichtigsten Vertrages in der Geschichte der Nationen die festgesetzten Befugnisse des Senats nicht anerkannte, was ebenso verwerflich ist, in das andere Extrem übergehen, wenn der Kongreß oder der Senat die Funktionen der vollziehenden Gewalt an sich nehmen würde.

Unsere höchste Pflicht ist die Wahrung der festgesetzten Vollmachten eines jeden und die Förderung dieses Geistes des Zusammenwirkens, der zu unserem gemeinsamen Wohle so wichtig ist. Es würde eitel sein, separate Friedensverträge mit den Mittelmächten zu schließen unter der Annahme, daß dies allein hinreichend sein würde, da die Lage so verwickelt ist, daß unsere Friedensverbindlichkeiten alte Weltbeziehungen und

bereits erfolgte Regelungen nicht außer acht lassen

dürfen. Es ist auch nicht wünschenswert, daß dies geschieht. Bei der Wahrung unserer eigenen Rechte und bei der Festsetzung unserer zukünftigen Beziehungen würde als der glücklichere Weg die Annahme der Bestätigung unserer Rechte und Interessen, wie sie bereits der bestehende Vertrag vorsieht, erscheinen, natürlich unter der Annahme, daß dies befriedigend erreicht werden kann durch deutliche Vorbehalte und Abänderungen, die unsere unbedingte Befreiung von nicht ratsamen Verpflichtungen sichern und alle unsere wesentlichen Interessen schützen. Weder der Kongreß, noch das Volk bedarf meiner Versicherung, daß ein Ersuchen um Unterhandlungen über die Friedensverträge, die notwendig sind, ebenso überflüssig und unnötig ist, wie technisch unwirksam.

Harding erklärt weiter, der

Anteil Amerikas bei der Neuordnung und Wiederherstellung

könne nicht außer acht gelassen und müsse genau bestimmt werden. Nachdem die Ueberregierung des Bundes endgültig abgelehnt und der Welt mitgeteilt worden sei, und nachdem der Friedenszustand zu Hause erklärt worden sei, könne Amerika dazu übergehen, vertragliche Beziehungen abzuschließen, die so wesentlich seien für die Anerkennung der Rechte der amerikanischen Nation, und von neuem einen vollen Anteil bei dem Anschluß an die Völker der Welt bei der Verfolgung des Friedens nehmen. Amerika habe seine Verpflichtungen bei der Schaffung der Ruhe in Europa. Diese Restauration müsse geschaffen werden, bevor der menschliche Fortschritt wieder einsetzen könnte. Hilfsbereitschaft, erklärte Harding, bedeutet jedoch nicht Verwicklung, und Teilnahme an wirtschaftlichen Anordnungen bedeutet

nicht eine Bürgschaft für Vertragsverpflichtungen, die uns nicht betreffen,

und an denen wir keinen Anteil haben. In dem dringenden Wunsche, das Größte und das Beste für unsere eigene Republik zu tun, um ihren hohen Platz unter den Nationen aufrechtzuerhalten und zur gleichen Zeit vollste Gerechtigkeit zu bieten, werde ich auf die praktischste Weise den Rat des Senats einholen, nachdem dieser mit allen den Bedingungen, denen Rechnung getragen, den Verpflichtungen, die erfüllt, und unseren Rechten, die geschützt werden müssen, bekannt gemacht worden ist. Wir können der Menschlichkeit keinen wirksamen Dienst erweisen, bevor wir nicht von neuem unsere eigene Fähigkeit zum Zusammenwirken in der Beiordnung der Befugnisse, die die Verfassung verleiht, beweisen, und keinerlei Verträge können abgeschlossen werden, die unsere Verbindungen im Kriege außer acht lassen. Für die Zukunft kann keine nützliche Gesellschaft der Nationen auf Gerechtigkeit gegründet und zum Frieden verpflichtet werden, bevor Verträge, die den Frieden wieder herstellen, von den Nationen besiegelt werden, die sich im Kriege befanden.

Für die vollständige Wiederherstellung des Friedens und seine Beziehung zu der Verwirklichung der amerikanischen Bestrebungen nach einem Verbande der Nationen zur Unterstützung der Welt ohne Weltregierung, erklärte Harding, werde er sich vorbereiten, indem er sich das hohe Privileg und die überragende Pflicht der Vereinigten Staaten in dieser kritischen Periode der Welt vor Augen halte.

Zur

Abrüstung

führt Harding in seiner Botschaft aus, er stehe dem Wunsche, die schwere Bürde der Rüstung abzulegen, sympathisch gegenüber. Die Vereinigten Staaten seien bereit, mit den anderen Nationen zu diesem Ziele zusammenzuwirken, aber die einfachste Klugheit verbiete es den Vereinigten Staaten, allein abzurüsten.

Die Botschaft des Präsidenten Harding an den Kongreß enthält

in innerpolitischer Beziehung

folgende Vorschläge:

1. Die sofortige Bestätigung einer Nottarifgesetzgebung,
2. Maßnahmen zwecks wirksameren Betriebes der Eisenbahnen bei Herabsetzung der Kosten,
3. Schaffung besserer Straßen,
4. Maßnahmen zur Regelung und Förderung des Heeres- und Zivilflugwesens,
5. die Schaffung und Aufrechterhaltung einer großen amerikanischen Handelsmarine,
6. Maßnahmen, um in einer praktischen Weise den ehemaligen Kriegsteilnehmern die Dankbarkeit des Landes zu zeigen,
7. eine neue Regelung des Steuerwesens,
8. eine methodische und allmähliche Liquidierung der Kriegsschuld des Landes,
9. eine allgemeine Verminderung der Kosten für die Regierung.

Die Botschaft enthält auch eine Verurteilung der Lynchjustiz.

In der Botschaft des Präsidenten Harding heißt es dazu:

Die Dringlichkeit eines sofortigen Tarifnotgesetzes kann nicht genug hervorgehoben werden. Ich habe keine Sympathie mit der Idee, daß eine Flut eingeführter Waren die Kosten des Lebensunterhaltes herabsetzen wird. Eher wird dadurch unsere Kauffähigkeit zerstört. Eine Revision der Tarifgesetze muß auf eine

Schutzzollpolitik

gegründet sein. Die Ausdehnung der im Besitz Amerikas befindlichen und von ihm betriebenen Kabel- und Radiosysteme muß gefördert werden, denn es ist wesentlich, daß unsere Kaufleute die größten Verbindungsmöglichkeiten und die Vorteile haben, die direkte Dienste zu vernünftigen Gebühren bieten.

Reutertext über die Friedensresolution.

Washington, 13. April. (W. T. B.)

Nach einer Reutermeldung sagte Präsident Harding in seiner Botschaft:

Die Entschließung des Kongresses zugunsten eines Sonderfriedens darf keine Schwierigkeiten bieten bei der Ausführung gerechter Reparationen und des Wiederaufbaus, nach dem sich ganz Europa sehnt. Unsere Haltung bezüglich der Verantwortlichkeit für den Krieg und der Notwendigkeit gerechter Reparationen ist schon formell auf das ernsteste zum Ausdruck gebracht worden. Präsident Harding billigt die Entschließung des Kongresses, die den Friedenszustand wieder herstellt und bezeichnet es als unmöglich, die bereits getroffenen Abmachungen zu ignorieren. Er sagte, es würde klüger sein, die Anerkennung der amerikanischen Rechte und Interessen anzunehmen, wie sie unter dem bestehenden Vertrag vorgesehen seien, mit Vorbehalten, die die vollkommene Freiheit gegenüber unratsamen (dieses letzte Wort ist im Original verstümmelt übermittelt) Verpflichtungen von amerikanischer Seite sichern. Bei der Wiederherstellung und beim Wiederaufbau, sagte er, kann das nicht übersehen werden. Nachdem der Völkerbund endgültig abgelehnt ist, werden wir nun in Verhandlungen zur Herstellung vertraglich festgesetzter Beziehungen eintreten, die wesentlich sind zur Anerkennung unserer Rechte.

Die schwarze Schmach im Rheinland

P. New-York, 12. April.

Der Abgeordnete Britten von Illinois erhob beim Kongreß Protest gegen die Unterstützung der französischen Propaganda durch General Pershing und die Führer der American Legion. Britten stellt fest, daß nach den neuesten Nachrichten an das Staatsdepartement noch immer 16 386 Marokkaner, Algerier und Madagassen im besetzten Gebiete stehen. Falls Frankreich das ableugne, so gebe es zu, daß es sich durch das Eingeständnis der Wahrheit die Verachtung der zivilisierten Welt zuziehen würde.

Die sogenannten Protestversammlungen gegen die schwarze Schmach seien nicht etwa einberufen, um die auswärtigen Beziehungen Amerikas zu Frankreich zu untergraben. Das sei unwahr. Die Versammlungen seien in allererster Linie im Interesse von Recht, Gerechtigkeit und Humanität zusammenberufen. Die öffentliche Meinung in Amerika und in der ganzen Welt werde schließlich Frankreich zu Gemüte führen, daß es politisch und militärisch sehr unklug sei, Deutschland in dieser Weise zu demütigen.

Pertinax zu Hardings Botschaft.

Drahtmeldung.

Paris, 13. April. (W. T. B.)

Zur Botschaft des Präsidenten Harding sagt Pertinax:

Nunmehr könne niemand mehr Zweifel haben über die auswärtige Politik, die der neue Präsident und seine Mitarbeiter zu verfolgen gedenken. Diese Politik bestehe in der energischen Verteidigung der amerikanischen Interessen und in der Nichtunterordnung der nationalen Sache unter irgendeine überstaatliche Organisation oder irgendeine Allianz. Dagegen sucht sie praktische Abkommen mit den Waffengefährten in allen Fällen, wo diese Abkommen für die Parteien einen gemeinsamen Vorteil bieten könnten. Der Völkerbund sei tot, um so mehr, als er außer auf die Mitarbeit von Amerika auch auf Deutschland und Rußland verzichten müsse. Es handle sich also nur mehr um eine private Gruppierung von Mächten, was dem „berühmten" Völkerbundsstatut jede Bedeutung nehme.

Was die Zukunft anbetreffe, so meint Pertinax, habe man nicht geglaubt, daß Präsident Harding schon gestern dem Wunsche Ausdruck geben würde, daß der theoretische Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland beendet werden müsse. Man habe geglaubt, der Präsident wolle Zeit gewinnen, um sich mit den Alliierten auseinanderzusetzen. Man sehe aber jetzt, daß die Senatoren des Auswärtigen Ausschusses den Sieg davongetragen hätten. Pertinax findet den Grund darin, daß Frankreich versucht habe, bei der amerikanischen Regierung für den Völkerbund und den gesamten Frieden zu plaidieren, anstatt aus der Erklärung des Senators Knox den bestmöglichen Nutzen zu ziehen.

Seit zwei Jahren habe man sich über Amerika getäuscht. Das System, das von den leitenden Männern von 1919 aufgebaut worden sei, sei in Trümmer zerfallen. Es gebe keinen militärischen Schutzvertrag, so daß man sich fragen müsse, ob nun endlich die Stunde der wahrhaften Konstruktion gekommen sei. Pertinax fragt zum Schluß, ob man nun endlich nach Washington Männer schicken werde, die fähig seien, Frankreich aufzuklären und zu verteidigen. Diese Erklärung ziele nicht auf Viviani, der sein Bestes getan habe.

Bericht der Reparationskommission

Drahtmeldung.

Paris, 13. April. (W. T. B.)

Havas meldet: Die Reparationskommission erklärt, daß sie die Anhörung der deutschen Delegation über die Festsetzung der deutschen Schuld beendet hat. Die Schadenersatzlisten, welche von den verschiedenen Mächten eingereicht worden waren, wurden sämtlich der deutschen Delegation zwischen dem 9. und 20. Februar weitergegeben. Der Kommission sind über 120 deutsche Denkschriften zu den Schadenersatzlisten zugegangen. Sie hat außerdem etliche hundert Nachfragen der deutschen Delegation nach näheren Einzelheiten beantwortet; andererseits hat sie den deutschen Sachverständigen die Möglichkeit gegeben, mit den Sachverständigen der Verbandsmächte zusammenzukommen, um gemeinsam die Schadenersatzansprüche durchzuprüfen. Schließlich und endlich hat sie in feierlichen Sitzungen, insgesamt 20, vom 22. März bis 12. April, die deutsche Delegation selbst angehört.

In den nächsten Sitzungen wird die Kommission endgültig den Betrag der Schadenersatzleistungen festsetzen, die Deutschland in Gemäßheit des Friedensvertrags zahlen muß.

Zahlungsplan des Reparationsausschusses.

■ Basel, 13. April. (Eigene Drahtmeldung.) Wie Pariser Privatmeldungen besagen, wird der Rechnung, welche die Reparationskommission Deutschland am 1. Mai überreichen wird, ein Zahlungsplan beiliegen, der in Ausführung des Versailler Vertrags die Zeitpunkte und die Modalitäten der deutschen Bezahlungen so verteilt, daß die Schuld innerhalb 30 Jahren abgetragen werde.

Nach dem 1. Mai.

Drahtmeldung.

London, 13. April. (Utd. Tel.)

Im englischen Auswärtigen Amt berät man, was nach dem 1. Mai geschehen solle, falls Deutschland seine Verpflichtungen bis dahin nicht erfüllt haben sollte. Wie der Vertreter des „United Telegraph" von unterrichteter Seite erfährt, steht es fest, daß England sich von allen militärischen Maßnahmen fernhalten wird. Nichtsdestoweniger wird man in London, ebenso wie in Paris, darauf bestehen, daß Deutschland seine am 1. Mai fällig werdenden Zahlungsverpflichtungen erfülle. Ferner hat in der vergangenen Woche zwischen Frankreich und England ein Meinungsaustausch stattgefunden darüber, wie man Deutschland in höherem Maße als bisher zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete heranziehen könne, vornehmlich durch Naturalleistungen, die Deutschland an Zahlungsstatt gutzuschreiben wären.

Einreisevorschriften für das Saargebiet.

W. T. B. meldet:

Anträge von Reichsangehörigen, die im unbesetzten Deutschland ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, zur Einreise in das Saargebiet sind unter Beifügung eines Reisepasses oder eines von der zuständigen Polizeibehörde ausgestellten Paßersatzes schriftlich an die oberste Polizeiverwaltung des Saargebietes, Saarbrücken 1, Neues Landgericht Zimmer Nr. 10 zu richten. Geschäftsleuten wird empfohlen, daß sie ihrem Antrage eine Befürwortung der zuständigen Handelskammer beifügen. Eine Befürwortung der Handelskammer in Saarbrücken ist nicht mehr erforderlich. Der mit Einreisegenehmigung versehene Paß wird dem Antragsteller entweder unmittelbar oder durch die deutsche Verbindungsstelle Frankfurt a. M. wieder zugestellt. Die Gebühr für das Einreisevisum beträgt 30 M.

Harding und Briand.

Die rein amerikanische Einstellung Hardings erhellt am besten daraus, daß er innere Probleme der amerikanischen Politik und Wirtschaft in den Vordergrund seiner großen Botschaft an den Kongreß schiebt. In dieser Hinsicht zeigt er sich als ein Anhänger des rechten Flügels der Republikanischen Partei. Einzelne der Maßnahmen, die Harding zu treffen gedenkt, berühren natürlich auch eng die Interessen des Auslandes, so die von ihm in Aussicht gestellte Schutzzollpolitik, ferner der Ausbau der Handelsflotte, der mit den amerikanischen Bestrebungen auf Eroberung der Märkte im lateinischen Amerika und dem fernen Osten auf das engste zusammenhängt. Sollen doch auch die Vorzugstarife für die amerikanische Flagge im Panamakanal dazu dienen, den fremden, namentlich englischen Wettbewerb auszuschalten. Bedeutsam für den Willen des amerikanischen Präsidenten, die Machtstellung der Vereinigten Staaten zu erhalten, ist auch der Hinweis darauf, daß Amerika trotz seiner friedlichen Gesinnung nicht mit der Abrüstung beginnen könne. Ueber Heer und Kriegsmarine enthält die Botschaft, soweit der bisher vorliegende Wortlaut erkennen läßt, sonst nur die eine Angabe, daß das Heeresflugwesen ausgebaut werden soll. Jedenfalls ist die heutige amerikanische Regierung nicht gewillt, auf militärischem Gebiete hinter anderen Ländern zurückzustehen.

In ganz Europa verfolgt man natürlich mit regstem Interesse besonders diejenigen Teile der Ausführungen Hardings, die sich mit den Verhältnissen auf dem alten Kontinent befassen. Legt man den vom Wolffschen Telegraphenbureau verbreiteten Text zugrunde, so bringt die Kongreßbotschaft keine Ueberraschung. Eine Pariser Agentur, deren Meldungen in Deutschland leider viel Beachtung finden, hebt nun in Uebereinstimmung mit Reuter hervor, Harding habe die Möglichkeit in Aussicht gestellt, Amerika könne sich dem bestehenden Vertrage, d. h. also dem Versailler Frieden, unter den für Amerika notwendigen Vorbehalten anschließen. Das würde allerdings ein Abweichen von den Gesichtspunkten bedeuten, die bislang für das Hardingsche Regime als maßgebend erachtet wurden. Ehe nicht eine ganz einwandfreie Wiedergabe des Textes vorliegt, — die entscheidende Stelle wird jetzt in ganz verschiedenen Fassungen verbreitet — muß man sich eines Urteils enthalten.

Es ist an sich umsoweniger wahrscheinlich, daß Harding den Versailler Frieden zur Grundlage der Regelung der amerikanischen Beziehungen zu Deutschland zu machen gedenkt, als er den Genfer Völkerbund eben deshalb ablehnt, weil er mit diesem Friedensinstrument verkoppelt ist. Die Vereinigten Staaten, die jeden Eingriff in ihre Staatshoheit zurückweisen, wollen einmal nicht den Völkerbund als Weltregierung anerkennen und sodann keine moralische oder tatsächliche Garantie dafür übernehmen, daß die Bestimmungen der Friedensverträge auf ewig aufrechterhalten bleiben. Leider hat es für Europa zu lange gedauert, bis diese Erkenntnis sich in Amerika durchgesetzt hat. Dem dilettantischen Eingreifen Präsident Wilsons ist es zur Last zu legen, wenn heute in der ganzen alten Welt unhaltbare Zustände geschaffen worden sind und die französischen Imperialisten nach Willkür schalten können.

Daß das Bestehen eines theoretischen Kriegszustandes mit Deutschland unnormal ist, wird das deutsche Volk Präsident Harding gern bestätigen. Es liegt nicht nur im Interesse der Deutschen und Amerikaner, sondern der ganzen Erde, daß hier baldmöglichst friedliche Beziehungen wiederhergestellt werden, und daß über den Atlantischen Ozean hinweg ungehindert ein Austausch materieller und geistiger Werte stattfinden kann. Ueber die Bedingungen, unter denen sich Amerika den Abschluß denkt, ist in der präsidentiellen Botschaft Näheres nicht gesagt. Auch hierbei werden die amerikanischen Bedürfnisse für Washington selbstverständlich ausschlaggebend sein. Präsident Harding hat andererseits anerkannt, daß auch Amerika über die bestehenden Regelungen sich nicht einfach werde, hinwegsetzen können. Gestützt auf die wirtschaftliche und politische Macht, die in dem amerikanischen Volk verkörpert ist, kann Präsident Harding unendlich viel dazu beitragen, daß Europa aus der Epoche der politischen Unruhe endlich herauskommt und den Weg zum Wiederaufbau findet. Dazu ist es durchaus nicht erforderlich, daß die Vereinigten Staaten dem deutschen Volke irgendwelche besondere Zugeständnisse machen oder gar den Verbündeten in den Rücken fallen. Wenn Amerika sich den gesunden Blick für das Wirkliche, der sonst den Bewohnern der Neuen Welt in so hohem Maße eigen ist, auch bei der Regelung der Beziehungen zu Deutschland bewahren kann, so ist dabei nicht etwa allein für Deutschland und für die Sache Europas unendlich viel gewonnen. Zu welchen verfehlten Maßnahmen die Verbissenheit und der Haß führen, die in völliger Verkennung der realen Verhältnisse bei der Behandlung des Problems der deutschen Entschädigung obgewaltet haben, zeigt klar die Kritik, die die Ausfuhrabgabe auf deutsche Produkte nicht nur bei den Neutralen oder einzelnen verbündeten Mächten, sondern auch in England und im Ausschuß der Pariser Kammer gefunden hat. Die Errichtung der Zollgrenze zwischen den besetzten Gebieten und dem übrigen Deutschland wird sich ebenso bald als ein schwerer Mißgriff erweisen.

Deutschlands Entschädigung soll bis zur äußersten Grenze des Möglichen gehen, das ist der Satz, in dem die deutsche und amerikanische Auffassung sich durchaus begegnen. Die banale Wahrheit, daß man dem Schuldner nichts Unmögliches zumuten kann, ist aber in Paris und London außer acht gelassen worden. Als Bankerotteur möchte Frankreich Deutschland gern behandelt sehen. Es vergißt dabei, daß der Gläubiger bei einem Konkurs sich mit einem Prozentsatz seiner Forderungen begnügen muß, während er weit mehr erhalten kann, wenn er den Schuldner arbeitsfähig erhält. Dieser Grundsatz bewog ja in längst vergangenen Zeiten und im Kriege die Wucherer dazu, Kavalieren eine Rente auszusetzen, damit sie nicht untergingen, sondern „standesgemäß" leben und so dem Geldgeber noch einmal zu dem Seinen verhelfen konnten. Solche dem täglichen Leben entnommene Erfahrungen sollte Amerika bei der Regelung der künftigen Beziehungen zu Deutschland anwenden. Wa-